

Bundesministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Stubenring 1
1010 Wien

BA - I/6 (Rechts- und Vergabeangelegenheiten)
recht@bka.gv.at

Renate Karbasch
Sachbearbeiterin

renate.karbasch@bka.gv.at
+43 1 53 115-202386
Ballhausplatz 2, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der
Geschäftszahl an recht@bka.gv.at zu richten.

Geschäftszahl: 2026-0.506.431

Bundesgesetz, mit dem das Verbrechensofpergesetz geändert wird – Entwurf Begutachtungsverfahren Stellungnahme

Zu dem im Betreff genannten Gesetzesentwurf wird seitens des Bundeskanzleramtes
folgende Stellungnahme abgegeben:

In der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung wird zum Personalaufwand festgehalten,
dass beginnend im Jahr 2027 3 VBÄ, 2028 3,3 VBÄ, 2029 und 2030 3,5 VBÄ benötigt
werden. Zum Personalbedarf wird angemerkt, dass mit den vorhandenen Planstellen das
Auslangen gefunden werden muss. Weiters wird jeweils auf den § 4 der Entwürfe zum
BFRG 2027 bis 2030 und 2028 bis 2031 sowie den MRV Aufnahmepolitik 2026-2031
(56/14, Beschluss vom 10. Juni 2026) verwiesen.

Wien, am 16. Juli 2026
Für den Bundeskanzler:
Grad

Elektronisch gefertigt

